

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Irmingard Schewe-Gerigk, Josef Philip Winkler, Volker Beck (Köln), weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 16/11737 –**

Änderungen im SGB VIII zur Verhinderung von Zwangsehen

Vorbemerkung der Fragesteller

Von Verbänden und Frauenberatungsstellen wurden auf der Sachverständigenanhörung des Bundestagsausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend am 19. Juni 2006 zum Thema „Bekämpfung von Zwangsverheiratungen“ – neben Maßnahmen im Aufenthaltsrecht – auch vielfältige Änderungen im Kinder- und Jugendhilfegesetz (Achstes Buch Sozialgesetzbuch – SGB VIII) angemahnt (http://www.bundestag.de/ausschuesse/a13/anhoerungen/anhoerung01/Stellungnahmen_13_Sitzung/index.html).

- So sollten betroffene Jugendliche Hilfen zur Erziehung z. B. selbst bzw. über eine öffentlich bestellte Pflegeperson beantragen können. Zudem sollten ihnen diese Hilfen bis zum 26. Lebensjahr gewährt werden können.
- Die Unterbringung Betroffener in Jugendeinrichtungen sollte erleichtert und die diesbezügliche Mitteilungspflicht an die Eltern eingeschränkt werden.
- Und schließlich sollten formale Hürden bei der Finanzierung der Unterbringung aus dem Weg geräumt werden, um zeitraubende Antragsverfahren und Streitigkeiten zwischen den örtlich und den sachlich zuständigen Behörden zu vermeiden.

Im Rahmen der Arbeiten zum Nationalen Integrationsplan wurde zur Erörterung dieses Handlungsfeldes eine Arbeitsgruppe gebildet. Darin arbeiten Vertreter und Vertreterinnen von Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene sowie von Unterstützungseinrichtungen zusammen (so der 7. Lagebericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, vgl. Bundestagsdrucksache 16/7600, S. 71 f.).

Diese Arbeitsgruppe sollte – so der am 6. November 2008 vorgelegte Fortschrittsbericht der Bundesregierung zum Nationalen Integrationsplan – bis November 2008 Handlungsempfehlungen fertig stellen (Bundestagsdrucksache 16/10800, S. 19).

*** Wird nach Vorliegen der lektorierten Druckfassung durch diese ersetzt.**

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend vom 10. Februar 2009 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

Vorbemerkung der Bundesregierung

Die in der Kleinen Anfrage angesprochenen Handlungsempfehlungen liegen seit kurzem in gedruckter Form vor (Zwangsverheiratung bekämpfen – Betroffene wirksam schützen – Eine Handreichung für die Kinder- und Jugendhilfe). Sie sind ebenfalls als PDF-Datei auf der Homepage www.bmfsfj.de eingestellt.

Die Einleitung informiert über den Hintergrund:

„Die folgenden Handlungsempfehlungen wurden von einer Arbeitsgruppe erarbeitet, die sich im Rahmen der Arbeiten am Nationalen Integrationsplan gebildet hat, um sich mit Problemen bei der Anwendung des SGB VIII im Falle einer drohenden oder erfolgten Zwangsverheiratung zu beschäftigen. Sie ist aus der Arbeitsgruppe 4 des Nationalen Integrationsplans hervorgegangen, die zum Themenfeld „Lebenssituation von Frauen und Mädchen verbessern,

Gleichberechtigung verwirklichen“ gearbeitet und in ihrer Unterarbeitsgruppe 1 „Integration durch Recht, Partizipation“ die Problematik der Zwangsverheiratung erörtert und am Ende hierzu ein breites Bündel von Maßnahmen und Selbstverpflichtungen in den Nationalen Integrationsplan eingestellt hat. Die folgende Handreichung gliedert sich in eine tatsächliche und rechtliche Bestandsaufnahme und einen Teil mit Handlungsempfehlungen für die Jugendämter, die auch für andere Fachleute und Institutionen von Interesse sein können. An der Arbeitsgruppe haben Vertreter und Vertreterinnen von Bund, Ländern und Kommunen sowie von Unterstützungseinrichtungen für Opfer von Zwangsverheiratung mitgearbeitet. Die einzelnen teilnehmenden Institutionen sind unter G. aufgelistet.“

Die Handreichung ist an die Vorsitzenden der Jugend- und Familienministerkonferenz und der Gleichstellungs- und Frauenministerkonferenz der Länder mit der Bitte übermittelt worden, die Verbreitung der Inhalte der Handreichung (insbesondere in den Jugendämtern) zu unterstützen. Die Handreichung gibt Hinweise, wie insbesondere die Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe den Betroffenen auf der Grundlage des geltenden Rechts (insbesondere des Achten Buchs Sozialgesetzbuch) Hilfe anbieten können.

Die Handreichung wird in Kürze zudem den Mitgliedern der Bundestagsausschüsse Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Recht, Innen sowie Arbeit und Soziales übersandt werden.

1. a) Welche Nichtregierungsorganisationen nahmen an dieser Arbeitsgruppe teil?

Wie aus der Veröffentlichung unter G. ersichtlich, haben folgende Nichtregierungsorganisationen an der Arbeitsgruppe teilgenommen:

- Papatya – Kriseneinrichtung für junge Migrantinnen, Berlin
- Bundesfachkonferenz Zwangsheirat, Hannover
- Bundesweiter Koordinierungskreis gegen Frauenhandel und Gewalt gegen Frauen im Migrationsprozess (KOK) e. V.
- Frauenhauskoordinierung e. V.
- Landesarbeitsgemeinschaft Autonome Mädchenhäuser – Fachstelle interkulturelle Mädchenarbeit NRW

Hinweise für die Arbeit gab zudem Terre des Femmes e. V.

- b) Welche inhaltlichen Forderungen wurden seitens dieser Verbände erhoben (bitte aufschlüsseln)?

Entsprechend der Zielsetzung, Hinweise für Hilfsangebote auf der Grundlage des geltenden Rechts anzubieten, haben die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Arbeitsgruppe hierzu gemeinsam entsprechende Vorschläge erarbeitet.

2. a) Wer nahm auf Seiten des Bundes an dieser Arbeitsgruppe teil?

Wie in der Veröffentlichung unter G. ersichtlich, haben an der Arbeitsgruppe Vertreterinnen und Vertreter des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, des Bundesministeriums der Justiz sowie der Beauftragten für Migration, Flüchtlinge und Integration teilgenommen.

- b) Welche inhaltlichen Vorschläge wurden seitens des Bundes vorgelegt?

Auf die Antwort zu Frage Nr. 1 b) wird verwiesen.

3. a) Wer nahm auf Seiten der Länder an dieser Arbeitsgruppe teil?

Wie aus der Veröffentlichung unter G. ersichtlich, hat für die Länder eine Vertreterin des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie des Landes Brandenburg an der Arbeitsgruppe teilgenommen. Das Land Brandenburg hatte 2007 den Vorsitz der Gleichstellungs- und Frauenministerkonferenz inne und hat in dieser Funktion als Vertretung der Länder an der Arbeitsgruppe 4 des Integrationsgipfelprozesses teilgenommen (s. auch Vorbemerkung). In der Folge hat das Land Brandenburg seit Oktober 2007 an der Arbeitsgruppe zur Erarbeitung der Handlungsempfehlungen für die Länder mitgewirkt.

Außerdem hat eine Vertreterin der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz – Amt für Familie, Jugend und Sozialordnung, Hamburg teilgenommen u. a., weil dort das von der Europäischen Union geförderte internationale DAPHNE-Projekt „Aktiv gegen Zwangsheirat“ angesiedelt ist.

- b) Welche inhaltlichen Vorschläge wurden seitens der Länder vorgelegt (bitte nach Vorschlägen und den jeweiligen Bundesländern aufschlüsseln)?

Auf die Antwort zu Frage Nr. 1 b) wird verwiesen.

4. a) Wer nahm auf Seiten der Kommunen an dieser Arbeitsgruppe teil?

Wie aus der Veröffentlichung ersichtlich, hat der Deutsche Städtetag für die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände an der Arbeitsgruppe mitgewirkt.

Hinweise für die Arbeit gab zudem das Jugendamt der Stadt Hannover.

- b) Welche inhaltlichen Vorschläge wurden seitens der Kommunen vorgelegt?

Auf die Antwort zu Frage Nr. 1 b) wird verwiesen.

5. a) Wurde der im Fortschrittsbericht der Bundesregierung zum Nationalen Integrationsplan für November 2008 angekündigte Abschlussbericht dieser Arbeitsgruppe vorgelegt?
- b) Wenn ja, welche Vorschläge enthält dieser Bericht, und wann ist mit der Vorlage eines entsprechenden Gesetzentwurfes zu rechnen?
- c) Wenn nein, wann ist mit der Vorlage dieses Berichts zu rechnen bzw. sieht die Bundesregierung dann noch eine realistische Chance noch in dieser Wahlperiode die vereinbarten Gesetzesänderungen zu beschließen?

Die Fragen Nr. 5 a) und Nr. 5 b) werden gemeinsam beantwortet.

Die vorgelegten Handlungsempfehlungen enthalten keine Vorschläge für gesetzgeberische Maßnahmen. Auf die Ausführungen in der Vorbemerkung wird verwiesen.

elektronische Vorab-Fassung*